Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. In Fällen höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 104 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 6. Mai 1939

Becks geschichtlicher Irrtum

Unverständliche Rede des polnischen Außenministers vor dem Sejm

Außenminister Beck hielt vor der Vollversammlung des Sejm seine angekündigte Rede über die polnische Außenpolitik, in der er noch einmal die Ablehnung der von Deutschland Polen angetragenen Forderungen begründete.

Der polnische Außenminister wies eingangs seiner Rede zunächst auf die in letzter Zeit erfolgte Schwächung der internationalen kollektiven Institutionen und auf die tiefgreifenden Revisionen der Methoden der zwischenstaatlichen Arbeit hin. Die allgemeinen Normen haben eine Abschwächung erfahren. Es wird jetzt immer unmittelbarer von Staat zu Staat gesprochen.

Soweit es um Polen geht, sind hier ernste Ereignisse eingetreten. Mit einigen Staaten sind Polens Beziehungen tiefer und besser geworden, in anderen Fällen sind ernste Schwierigkeiten entstanden. Beck erwähnte zunächst das Abkommen mit England, das sich auf den Grundsatz gegenseitigen Beistandes für den Fall einer unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit eines unserer Staaten stützt.

Ich halte es für meine Pflicht, hier hinzuzufügen, daß die Art und Form der erschöpfenden, in London durchgeführten Gespräche dem Abkommen besonderen Wert verleiht. Alle Fragen seien offen besprochen worden.

Außenminister Beck ging dann auf die Rede des Führers ein, mit der der deutsch-polnische Vertrag von 1934 außer Kraft gesetzt sei.

Beck erklärte, Polen habe keine Ursache, Trauer über die Lösung des Abkommens zu haben und sagte dann weiter: Das deutsch-polnische Abkommen vom Jahre 1934 war ein Abkommen über gegenseitige Achtung und gute Nachbarschaft, und als solches trug es in das Leben unseres Staates, in das Leben Deutschlands und in das Leben ganz Europas einen positiven Wert hinein. Mit dem Augenblick jedoch, da Tendenzen zutage traten, das Abkommen, sei es als Beschränkung der Freiheit unserer Politik zu interpretieren, sei es als Motiv, um von uns einseitige und mit unseren vitalen Interessen unvereinbare Zugeständnisse zu verlangen — mit diesem Augenblick hat es seinen wahren Charakter verloren.

Zu der aktuellen Lage übergehend, erklärte Beck, das Deutsche Reich habe die Tatsache des englisch-polnischen Einvernehmens zum Anlaß für die Beendigung des Abkommens vom Jahre 1934 genommen. Zu der Frage der juristischen Einwände verwies Beck auf den Text der polnischen Antwort auf das deutsche Memorandum, welches der deutschen Regierung eingehändigt werde.

Nicht Charakter, Ziel und Rahmen des polnisch-englischen Abkommens hätten entschieden, sondern die Tatsache allein, daß ein solches Abkommen abgeschlossen worden sei. Denn, so erklärte Beck, wenn die Reichsregierung die zwischen Deutschland und Polen 1934 abgeschlossene Nichtangriffserklärung als das Bestreben interpretiert hätte, Polen zu isolieren, und zu verhindern, daß Polen mit den Westmächten in normaler und freundschaftlicher Weise zusammenarbeitet — so hätten wir selbst eine solche Interpretation immer zurückgewiesen.

Eine Frage, die keine ist: Danzig

Zu den deutschen Vorschlägen, welche die Zukunft der Freien Stadt Danzig, den Verkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen durch Pommerellen betreffen, machte Minister Beck folgende nicht gerade von historischen Kenntnissen zeugende Feststellungen:

„Die freie Stadt Danzig ist keine Erfindung des Versailler Vertrages, sondern eine seit vielen Jahrhunderten bestehende Erscheinung. Wenn man das Gefühlsmoment beiseite läßt, so ist die Freie Stadt Danzig das Ergebnis der positiven Kreuzung polnischer und deutscher Interessen. Nicht nur die Entwicklung, sondern ihre Daseinsberechtigung verdanke Danzig dem Umstand, daß sie an der Mündung des einzigen großen Stromes Polens gelegen sei."

„Polen steht entschlossen auf dem Boden der Rechte und Interessen seines Seehandels und seiner Seepolitik in Danzig."

Unter Bezugnahme auf die Forderung auf Rückgliederung Danzigs und auf den Vorschlag Polens vom 26. März bezüglich einer gemeinsamen Garantie Danzigs stellte Beck die Frage, um was es in diesem Augenblick gehe. Er verstieg sich dabei zu der Behauptung, daß das Wort „Korridor" eine künstliche Erfindung sei und es sich hierbei um uraltes polnisches Land handele. Beck ging dann auf die bekannten belanglosen Transitvorschläge Polens ein, mit denen er ein nach Lösung drängendes politisches Problem glaubte aus der Welt schaffen zu können. Beck behauptete, Deutschland verlange einseitige Zugeständnisse und stellte die Frage: „Wo bleibt die Gegenseitigkeit?" — Polen denke nicht daran, sich darauf einzulassen.

Minister Beck spielte dann den Unwissenden und erklärte, daß die wichtigen deutschen Vorschläge, die der Führer in seiner Rede erwähnte, ihm nur inoffiziell zur Kenntnis gelangt seien, so z. B. sei auch der Vorschlag einer Verlängerung des Nichtangriffspaktes auf 25 Jahre nicht in konkreter Form vorgelegt worden.

Minister Beck erklärte sodann bezüglich des Angebotes des Führers, daß die Anerkennung und endgültige Annahme der bestehenden polnisch-deutschen Grenze lediglich eine Anerkennung des de jure und de facto bestehenden Eigentums sein werde.

Beck ging zum Schluß auf den bekannten letzten Absatz des deutschen Memorandums ein, in dem es heißt: „Wenn die polnische Regierung darauf Wert legt, eine neue vertragliche Regelung der polnisch-deutschen Beziehungen herbeizuführen, dann ist die Deutsche Reichsregierung dazu bereit." Wenn die Reichsregierung in ihrem Verhältnis zu Polen von friedlichen Absichten und friedlichen Verhandlungsmethoden ausgehe, dann seien alle Unterredungen möglich, soweit sie früher erwähnte Grundsätze respektierten.

Beck beendete seine Rede mit den pathetischen Worten: „Wir in Polen kennen nicht den Begriff eines Friedens um jeden Preis. Es gibt im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten eine Sache, die unschätzbar ist: das ist die Ehre!"

Der Führer hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß die Tatsache des englisch-polnischen Abkommens dem Abkommen von 1934 zwischen Deutschland und Polen die Grundlage entzog. Herr Beck legt diese deutsche Auffassung dahin aus, als habe Deutschland Polen isolieren wollen. Er vergißt aber dabei, daß auf polnischer Seite ja gar kein Anlaß bestand, mit England ein Beistandsabkommen abzuschließen, da ja sein Verhältnis mit Deutschland ganz klar war. Und das polnisch-englische Abkommen ist doch gegen Deutschland gerichtet.

Da der Führer in seinem Angebot an Polen erneut die Grenzen Polen—Deutschland als gegeben hingenommen hat, glaubt nun Beck die Frage Danzig als eine polnische Frage frisieren zu müssen. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein Staatsmann so wenig geschichtlich orientiert ist, daß ihm der Fehler unterläuft, von Danzig als einem polnischen Interessengebiet zu sprechen. Wir sind überzeugt, wenn Danzig auch nur im geringsten polnisches Interessengebiet gewesen wäre, das Diktat von Versailles hätte die Stadt Polen zugesprochen. So aber war Danzig deutsch. Darum machte man aus ihr eine „Freie Stadt", um sie so vielleicht einmal leichter in Polens Hände spielen zu können. Aber das deutsche Recht auf Danzig ist unumstritten. Und des Führers Angebot wollte ja Polen die wirtschaftliche Betätigung in Danzig sichern.

Herr Beck erklärt sich zwar bereit, mit Deutschland zu verhandeln. Indem er aber an seinen überspitzten Auffassungen festhält, vermögen wir nur wenig Bereitschaft zu erkennen. Er spricht zwar von Respektierung von Grundsätzen und verlangt solches, ist aber zu gleichem wenig geneigt. Im übrigen vermissen wir eine Antwort auf die festumrissenen Vorschläge des Führers.

Im übrigen! Wenn Beck von der Ehre des Polentums spricht, gerade Deutschland ist es gewesen, das die Ehre Polens wie die Ehre einer jeden Nation geachtet hat. Allerdings müssen wir bei den Zwischenfällen gegen die Angehörigen deutschen Volkstums die Achtung der deutschen Ehre vermissen!

Wüste polnische Ausschreitungen in Ostoberschlesien

Schmähschriften auf den Führer

In Ostoberschlesien tobt sich nach wie vor der Haß polnischer Elemente gegen das Deutschtum aus. Aus verschiedenen Orten treffen immer wieder Berichte ein, daß zahlreiche Volksdeutsche beschimpft, bedroht und mißhandelt werden. In den meisten Fällen entfesseln Aufständische und Angehörige der polnischen Jugendorganisation diese Ausschreitungen.

In Bialla wurde die Geschäftsstelle der Jungdeutschen Partei gestürmt. Dabei wurden die 24 großen Fensterscheiben zertrümmert und sämtliche Fensterkreuze herausgerissen. Dann drangen die Banden in die Räume ein und zerstörten die gesamte Einrichtung. — In der überwiegend deutschen Gemeinde Kunzendorf wurden **nachts von Polen die Fensterscheiben in den Wohnungen Deutscher eingeschlagen. Ganze Straßenzüge bilden ein Bild der Verwüstung.** — Bei der deutschen Privatschule in Kostuchna (Kreis Pleß), wurden zwölf Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert, und in Rybnik wurden nachts die Schaufenster der deutschen Geschäfte mit Teer beschmiert und mit Hetzschriften verklebt.

In Kattowitz und Umgebung wurden Schmähschriften auf den Führer und das deutsche Volk verteilt, deren gemeiner Inhalt nicht wiederzugeben ist.

Tolle Raserei der Chauvinisten

In Posen fand eine von allen polnischen Parteien einberufene Hetzversammlung statt, in der wieder einmal die Besetzung Danzigs und Ostpreußens und die Herbeiführung der „Odergrenze" einschließlich Breslaus gefordert wurde. In der Menge wurde eine Puppe mitgeführt, die den Führer am Galgen darstellte. (!) Jedesmal, wenn das Wort „Hitler" fiel, brach die Masse in wilde Schmährufe gegen den Führer aus.

Nach Absingen deutschfeindlicher Lieder begab sich die aufgehetzte Menge zum deutschen Generalkonsulat, wo wüste Schmährufe gegen Deutschland und gegen Adolf Hitler ausgestoßen wurden. Eine dichte Polizeikette hatte Mühe, den aufgestachelten Mob vor tätlichen Angriffen zurückzuhalten. Dafür aber hielten sich die verhetzten Elemente an volksdeutschem Eigentum schadlos. Ein Wagen deutscher Marke, der vor dem Eingang zur Konditorei parkte, wurde von der Menge schwer beschädigt, umgedreht und die Reifen zerschnitten. Höchst peinlich war allerdings die Ueberraschung, als ein polnischer Ulanenoffizier sich als Besitzer des Wagens erwies.

„Schlacht bei Berlin"

In der Aula der Posener Universität fand eine „Kundgebung" der Posener polnischen Studentenschaft statt, bei der sich haltlose Zivilisten zu maßlosen Haßausbrüchen gegen Deutschland verstiegen. Der eine Redner, der als stellvertretender Vorsitzender des „Allpolnischen Jugendverbandes" vorgestellt wurde, verzapfte seine Weisheit dahingehend, Deutschland sei aus einem ehemaligen Vasallenstaat Polens (!), nämlich aus Preußen, entstanden. 1410 habe man die Deutschen bei Tannenberg geschlagen, jetzt aber werde man sie bei Berlin (!) zusammenhauen.

Dieser offenbar von allen guten Geistern verlassene „Akademiker" verkündete dann außenpolitische Forderungen der polnischen Jugend: die Rückgabe Danzigs, die Einverleibung Ostpreußens und Schlesiens seien als „Mindestforderungen" zu betrachten, deren Erfüllung die „gerechte Odergrenze" für Polen mit sich bringen würde. Ueber dieses „Minimum" hinaus forderte der Redner auch noch das Lausitzer Gebiet für Polen. In diesem Augenblick brachen die Studenten in Hochrufe auf die „polnische Lausitz" aus.

Als dritter Redner trat ein gewisser Nowacki mit der Behauptung hervor, nicht Deutschland werde heute eingekreist, vielmehr sei Polen von Deutschland umklammert worden. Die gemeinsame Grenze betrage heute etwa 2700 Kilometer. Nach der Besetzung Ostpreußens und nach der Errichtung der Odergrenze bis Stettin werde sie nur 700 Kilometer lang sein, aber nach dem „Sieg von Berlin" würde sie kaum mehr als 400 Kilometer betragen. Durch diesen „gewaltigen polnischen Sieg", der den unvermeidlichen Krieg mit Deutschland, das Europa unterwerfen wolle, krönen werde, würde Polen ganz Europa beherrschen (!).

Volksdeutsche sind vogelfrei

Kürzlich wurden die jungen Burschen des polnischen Dorfes Grabowic, Kreis Strasburg, eingezogen und nach Strasburg gebracht. Hier hielt der Starost eine Rede, in der er betonte, daß die Deutschen ihr Recht verloren hätten, und daß jeder mit ihnen machen könne, was er wolle. Die Deutschen könnten beschimpft, mißhandelt und sogar totgeschlagen werden. Es werde deshalb keiner zur Verantwortung gezogen werden!

Polnische Messerstecher

In Eichfelde (Kreis Zempelburg) wurde der volksdeutsche Arbeiter Will, weil er eine an seinem eigenen Haus angebrachte von niedrigster Gesinnung und abgefeimter Gemeinheit zeugende Karikatur des Führers entfernt hatte, von mehreren Polen niedergeschlagen und durch Messerstiche schwer verletzt.

Starost fordert zum Totschlag auf

Unglaubliche Hetze gegen das Deutschtum in Polen
Schmährufe auf den Führer

Kürzlich wurden die jungen Burschen des Dorfes Grabowic, Kreis Strasburg, eingezogen und nach Strasburg gebracht. Hier hielt der Starost eine Rede, in der er betonte, daß die Deutschen ihr Recht verloren hätten und daß jeder mit ihnen machen könne, was er wolle. Die Deutschen könnten beschimpft, mißhandelt und sogar totgeschlagen werden. Es werde deshalb keiner zur Verantwortung gezogen werden!

Der Ausfluß dieser Hetze zeigte sich bereits. In Eichfelde (Kreis Zempelburg) wurde der volksdeutsche Arbeiter Will, weil er eine an seinem eigenen Haus angebrachte von niedrigster Gesinnung und abgefeimter Gemeinheit zeugende Karikatur des Führers entfernt hatte, von mehreren Polen niedergeschlagen und durch Messerstiche schwer verletzt.

Bei einem Umzug anläßlich des polnischen Nationalfeiertages wurden in Sazynek im Kreis Thorn nicht wiederzugebende Schmährufe auf den Führer ausgestoßen. Anschließend wurden den Volksdeutschen Wegner und Krull die Fensterscheiben ihrer Wohnungen eingeworfen. Der Demonstrationszug war vom Lehrer des Dorfes veranlaßt worden.

In welcher Weise diese „Kulturträger" sich als Hetzer übelsten Ausmaßes betätigen, zeigt ein anderes Beispiel aus Lisewo, Kreis Culm, wo polnische Kinder auf dem Schulweg Schmähslieder auf den Führer sangen, deren Inhalt eine einzige unverantwortliche Vergiftung der Kinderseelen ist.

Deutsche müssen fliehen

In Waldhorst (Kreis Graudenz) drangen zwei Polen in das Haus des volksdeutschen Landwirts Oskar Pemerenke ein und forderten mehrere anwesende Volksdeutsche auf, das Haus zu verlassen, während eine etwa zwanzig Mann starke polnische Gruppe vor dem Haus wartete. Als die Volksdeutschen, um Streitigkeiten zu vermeiden, das Haus verließen, zerstörten die Eindringlinge die gesamte Einrichtung.

Die deutsche Bevölkerung des Dorfes Wolz (Kreis Graudenz) wurde von polnischen Banden ebenfalls in unglaublichster Weise terrorisiert. Fast allen Volksdeutschen wurden die Fenster eingeschlagen. Ferner versucht man, die Bewohner aus den Häusern zu vertreiben. Ein großer Teil der Einwohner konnte sich in höchster Eile über die naheliegende Grenze nach Deutschland bringen. Das zum größten Teil von Deutschen bewohnte Dorf ist jetzt fast menschenleer. Es sind nur noch wenige Deutsche anwesend, die von Haus zu Haus gehen, das Vieh der geflohenen Volksdeutschen füttern und versuchen, einen Teil der Habe zu retten.

In Liebenwalde (Kreis Schwetz) wurden die Volksdeutschen Hermann und Emil Mahties in ihrer Wohnung von Polen überfallen und mißhandelt; einem wurden die Zähne eingeschlagen und der Unterkiefer gespalten, während der andere derart mißhandelt wurde, daß er besinnungslos liegen blieb.

Warschau gegen reichsdeutsche Zeitungen

Nachdem bereits vor Tagen der öffentliche Verkauf von deutschen Zeitungen und Zeitschriften eingestellt wurde, werden jetzt auch den Abonnenten reichsdeutscher Blätter die Zeitungen nicht mehr zugestellt. In Kattowitz wurden in einem großen Zeitungsvertrieb sämtliche vorhandenen reichsdeutschen Zeitungen und Zeitschriften, insgesamt 20 000 Stück, beschlagnahmt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF